

Stand: 11.05.2025 10:18:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3770

"Kontrollfunktion des Freistaates und Tätigkeiten des Wittelsbacher Ausgleichsfonds"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3770 vom 25.09.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4814 des HA vom 06.11.2019
3. Beschluss des Plenums 18/5083 vom 27.11.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 27.11.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Kontrollfunktion des Freistaates und Tätigkeiten des Wittelsbacher Ausgleichsfonds**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mündlich und schriftlich über die staatliche Aufsichtstätigkeit beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds (WAI) Bericht zu erstatten. Dabei ist insbesondere auf folgende Aspekte und Fragen einzugehen:

- Hat eine zeitgemäße Neueinschätzung der Buchwerte des Sachanlagevermögens und des Kunstbesitzes stattgefunden und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Welche Kulturgüter befinden sich derzeit in der Verwaltung des Wittelsbacher Ausgleichsfonds und welche dieser Kulturgüter sind für die Öffentlichkeit zugänglich bzw. wo werden diese ausgestellt? In welchen Fällen wurde das staatliche Vorkaufsrecht nach Art. 6 des Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des Bayerischen Staates mit dem vormaligen Bayerischen Königshause seit der Gründung des Fonds nicht ausgeübt und in welchen Fällen wurde es ausgeübt?
- Gegen welche Entscheidungen seitens des Verwaltungsrats des Wittelsbacher Ausgleichsfonds haben die Staatskommissare seit der Gründung des Fonds Einspruch nach (§ 3 Abs. 4 Satz 2 WAF-VO) erhoben und wie wurde in den einzelnen Fällen mit dem Einspruch durch die Staatskommissare verfahren? Welche Änderungen an den WAF-Grundsätzen, denen die Staatskommissare zugestimmt haben, sind seit der Gründung der Stiftung vorgenommen worden und wann wurden diese beschlossen?
- In welcher Höhe mussten außerordentliche Abschreibungen des Fondsvermögens vorgenommen werden und wie hoch waren diese außerordentlichen Abschreibungen vor der Gerichtsentscheidung des Verwaltungsgerichts (VG) München im Jahr 2016 (AZ: M 7 K 12.1195), wie hoch danach? Aus welchen Gründen hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder und damals zuständiger Finanzminister, davon abgesehen, gegen das Urteil des VG München Revision einzulegen? Welche Maßnahmen wurden von Seiten der für die Aufsicht zuständigen Ministerien und der entsandten Staatskommissare getroffen, um die Gefahr einzudämmen, dass aufgrund der Neuregelung das Verhältnis zwischen Rendite und Risiko nicht mehr ausgewogen ist und damit Anreize für eine deutlich riskantere Anlagepolitik geschaffen wurden, nachdem dabei eventuell eintretende Verluste keine unmittelbaren Auswirkungen auf aktuelle Ausschüttungen an die Familienmitglieder haben? Wie schätzen die Ministerien und Staatskommissare die durch den Gutachter im Rahmen des Gerichtsverfahrens vorgeschlagenen Maßnahmen „Konkretisierung der Kapitalerhaltungskonzeption“ und „Formulierung weiterer Ergebnisverwendungsregeln“ bezüglich ihrer Wirkung als zusätzliche Sicherungsmechanismen ein?

- Im Urteil des VG München (AZ: M 7 K 12.1195) wurde festgestellt, dass entgegen der Auffassung des Ministeriums, diesem keine Fachaufsicht über die Klägerin zusteht. Warum wurde dagegen kein Widerspruch eingelegt?
- Warum ist der Einigungsversuch zwischen dem Wittelsbacher Ausgleichsfonds und dem Finanzministerium im Rahmen des Verfahrens vor dem VG München gescheitert?
- Welche Informations- und Eingriffsrechte haben die Staatskommissare beziehungsweise die zuständigen Ministerien und wie sind die Kompetenzen zwischen den Ministerien aufgeteilt?
- Sehen die für die Aufsicht über den Wittelsbacher Ausgleichsfonds zuständigen Ministerien weiterhin eine Gefahr durch die damals durch das VG München als für zulässig erachtete Änderung der Grundsätze über die Verwaltung des Fondsvermögens und über die Verteilung der Nutzungen?
- Wie ist die Besteuerung der im Wittelsbacher Ausgleichsfonds verwalteten Werte im Einzelnen geregelt? Bestehen Steuerprivilegien aus der Vergangenheit weiterhin fort und wenn ja, welche?
- Schließt die Staatsregierung sich der laut VG München durch die Stiftung vertretenen Rechtsauffassung der Begründung im Klageschriftsatz und im Schreiben vom 05.03.2012 an, dass das Fondsvermögen der Klägerin (WAF) ausschließlich aus Privat- und Hausvermögen der Familie Wittelsbach stamme und die Darstellung, die Familie Wittelsbach habe 1818 auf ihr Hausvermögen verzichtet und dafür einen Anspruch auf die permanente Zivilliste erworben, nicht zutrefte? Wenn nein, welche Rechtsauffassung vertritt die Staatsregierung?
- Warum ist der Wittelsbacher Ausgleichsfonds gemäß Art. 111 Abs. 2 Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) von der Prüfung nach Art. 111 Abs. 1 BayHO durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof trotz seines öffentlich-rechtlichen Charakters unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs befreit?
- Nachdem der öffentliche Zweck der Stiftung Wittelsbacher Ausgleichsfonds die Entflechtung der nach der Verfassung von 1818 als unauflöslich gedachten Vereinigung des Wittelsbacher Hausgutes mit dem verfassungsgemäßen Staatsgut ist, teilt die Staatsregierung die Ansicht, dass sowohl der Freistaat Bayern als auch die Familie Wittelsbach Stifter des Wittelsbacher Ausgleichsfonds sind? Welche Transparenzregelungen gelten für Stiftungen des öffentlichen Rechts, bei denen der Freistaat Stifter ist? Welche Transparenzregelungen gelten für den Wittelsbacher Ausgleichsfonds?

**Begründung:**

Der Wittelsbacher Ausgleichsfonds ist eine Stiftung öffentlichen Rechts. Als selbstständige Stiftung ist sie nicht Teil des Staatshaushalts und entzieht sich damit der Budgethoheit des Bayerischen Landtags. Doch als Stiftung des öffentlichen Rechts unterliegt sie dennoch staatlicher Aufsicht. Der öffentliche Zweck des Wittelsbacher Ausgleichsfonds, die Entflechtung der nach der Verfassung von 1818 als unauflöslich gedachten Vereinigung des Wittelsbacher Hausgutes mit dem verfassungsgemäßen Staatsgut, zieht das in der Staatsaufsicht zum Ausdruck kommende öffentliche Interesse an der bestimmungs- und satzungsgemäßen Verwendung und Verwaltung des Stiftungsvermögens nach sich.

Der Wittelsbacher Ausgleichsfonds selbst schreibt dazu: „Zwei Vertreter des Finanzministeriums und Wissenschaftsministeriums, die sog. Staatskommissare, nehmen die Stiftungsaufsicht in den Sitzungen des Verwaltungsrats wahr. Ihre Aufgabe ist es, die geordnete Verwaltung des Fonds und die Erhaltung seines Vermögens zu überwachen.“

Allerdings zeichnet sich die Arbeit des Stiftungsrats bisher vor allem durch Intransparenz aus. Erschwerend kommt hinzu, dass der Fonds keiner Kontrolle durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof (gem. Art. 111 Abs. 2 BayHO) unterliegt, da „kein erhebliches finanzielles Interesse des Staates an der Prüfung besteht“, so jedenfalls argumentiert das Staatsministerium der Finanzen (Antwort auf Drs. 17/12104).

Die Vermögensmasse, die im Wittelsbacher Ausgleichsfonds verwaltet wird, ist aufgrund ihres monetären Werts und ihrer kulturellen Bedeutung jedoch von hohem öffentlichem Interesse. Tatsächlich lässt sich die Dimension dieses Interesses insofern kaum einschätzen, als zu wenig über die tatsächlichen Bilanzsummen des Wittelsbacher Ausgleichsfonds bekannt ist. Daran ändern auch die wenigen Zahlen nichts die aus einer Prüfung des von einem durch den Wittelsbacher Ausgleichsfonds beauftragten unabhängigen Wirtschaftsprüfer veröffentlicht wurden. Dass diese womöglich nicht mal dem realen monetären Wert der Bilanzgüter entsprechen, kommt erschwerend hinzu. Es gibt keine Angaben dazu, wann die Buchwerte, zum Beispiel für die Liegenschaften, zuletzt festgehalten wurden, während der bayerische Immobilienmarkt seit vielen Jahren eine exponentielle Wertsteigerung erfährt. Darüber hinaus gibt es auch keinen Gesamtüberblick über die Kulturgüter, die durch den Wittelsbacher Ausgleichsfonds verwaltet werden oder von diesem bereits verkauft wurden, ohne dass der Freistaat sein Vorkaufsrecht genutzt hat.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz  
u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drs. 18/3770**

**Kontrollfunktion des Freistaates und Tätigkeiten des Wittelsbacher Ausgleichs-  
fonds**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der erste Absatz folgende Fassung erhält:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zeitlichen Zusammenhang mit den zum WAF noch offenen Schriftlichen Anfragen dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mündlich und schriftlich auch über die staatliche Aufsichtstätigkeit beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds (WAF) Bericht zu erstatten. Dabei ist insbesondere auf folgende Aspekte und Fragen einzugehen:“

Berichterstatter: **Tim Pargent**  
Mitberichterstatter: **Michael Hofmann**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 9. Oktober 2019 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 19. Sitzung am 6. November 2019 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Josef Zellmeier**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/3770, 18/4814

### **Kontrollfunktion des Freistaates und Tätigkeiten des Wittelsbacher Ausgleichsfonds**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zeitlichen Zusammenhang mit den zum Wittelsbacher Ausgleichsfonds (WAF) noch offenen Schriftlichen Anfragen dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mündlich und schriftlich auch über die staatliche Aufsichtstätigkeit beim Wittelsbacher Ausgleichsfonds Bericht zu erstatten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Aspekte und Fragen einzugehen:

- Hat eine zeitgemäße Neueinschätzung der Buchwerte des Sachanlagevermögens und des Kunstbesitzes stattgefunden und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Welche Kulturgüter befinden sich derzeit in der Verwaltung des Wittelsbacher Ausgleichsfonds und welche dieser Kulturgüter sind für die Öffentlichkeit zugänglich bzw. wo werden diese ausgestellt? In welchen Fällen wurde das staatliche Vorkaufsrecht nach Art. 6 des Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung des Bayerischen Staates mit dem vormaligen Bayerischen Königshause seit der Gründung des Fonds nicht ausgeübt und in welchen Fällen wurde es ausgeübt?
- Gegen welche Entscheidungen seitens des Verwaltungsrats des Wittelsbacher Ausgleichsfonds haben die Staatskommissare seit der Gründung des Fonds Einspruch nach (§ 3 Abs. 4 Satz 2 WAF-VO) erhoben und wie wurde in den einzelnen Fällen mit dem Einspruch durch die Staatskommissare verfahren? Welche Änderungen an den WAF-Grundsätzen, denen die Staatskommissare zugestimmt haben, sind seit der Gründung der Stiftung vorgenommen worden und wann wurden diese beschlossen?
- In welcher Höhe mussten außerordentliche Abschreibungen des Fondsvermögens vorgenommen werden und wie hoch waren diese außerordentlichen Abschreibungen vor der Gerichtsentscheidung des Verwaltungsgerichts (VG) München im Jahr 2016 (AZ: M 7 K 12.1195), wie hoch danach? Aus welchen Gründen hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder und damals zuständiger Finanzminister, davon abgesehen, gegen das Urteil des VG München Revision einzulegen? Welche Maßnahmen wurden von Seiten der für die Aufsicht zuständigen Ministerien und der entsandten Staatskommissare getroffen, um die Gefahr einzudämmen, dass aufgrund

der Neuregelung das Verhältnis zwischen Rendite und Risiko nicht mehr ausgewogen ist und damit Anreize für eine deutlich riskantere Anlagepolitik geschaffen wurden, nachdem dabei eventuell eintretende Verluste keine unmittelbaren Auswirkungen auf aktuelle Ausschüttungen an die Familienmitglieder haben? Wie schätzen die Ministerien und Staatskommissare die durch den Gutachter im Rahmen des Gerichtsverfahrens vorgeschlagenen Maßnahmen „Konkretisierung der Kapitalerhaltungskonzeption“ und „Formulierung weiterer Ergebnisverwendungsregeln“ bezüglich ihrer Wirkung als zusätzliche Sicherungsmechanismen ein?

- Im Urteil des VG München (AZ: M 7 K 12.1195) wurde festgestellt, dass entgegen der Auffassung des Ministeriums, diesem keine Fachaufsicht über die Klägerin zusteht. Warum wurde dagegen kein Widerspruch eingelegt?
- Warum ist der Einigungsversuch zwischen dem Wittelsbacher Ausgleichsfonds und dem Finanzministerium im Rahmen des Verfahrens vor dem VG München gescheitert?
- Welche Informations- und Eingriffsrechte haben die Staatskommissare beziehungsweise die zuständigen Ministerien und wie sind die Kompetenzen zwischen den Ministerien aufgeteilt?
- Sehen die für die Aufsicht über den Wittelsbacher Ausgleichsfonds zuständigen Ministerien weiterhin eine Gefahr durch die damals durch das VG München als für zulässig erachtete Änderung der Grundsätze über die Verwaltung des Fondsvermögens und über die Verteilung der Nutzungen?
- Wie ist die Besteuerung der im Wittelsbacher Ausgleichsfonds verwalteten Werte im Einzelnen geregelt? Bestehen Steuerprivilegien aus der Vergangenheit weiterhin fort und wenn ja, welche?
- Schließt die Staatsregierung sich der laut VG München durch die Stiftung vertretenen Rechtsauffassung der Begründung im Klageschriftsatz und im Schreiben vom 05.03.2012 an, dass das Fondsvermögen der Klägerin (WAF) ausschließlich aus Privat- und Hausvermögen der Familie Wittelsbach stamme und die Darstellung, die Familie Wittelsbach habe 1818 auf ihr Hausvermögen verzichtet und dafür einen Anspruch auf die permanente Zivilliste erworben, nicht zutreffe? Wenn nein, welche Rechtsauffassung vertritt die Staatsregierung?
- Warum ist der Wittelsbacher Ausgleichsfonds gemäß Art. 111 Abs. 2 Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) von der Prüfung nach Art. 111 Abs. 1 BayHO durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof trotz seines öffentlich-rechtlichen Charakters unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs befreit?
- Nachdem der öffentliche Zweck der Stiftung Wittelsbacher Ausgleichsfonds die Entflechtung der nach der Verfassung von 1818 als unauflöslich gedachten Vereinigung des Wittelsbacher Hausgutes mit dem verfassungsgemäßen Staatsgut ist, teilt die Staatsregierung die Ansicht, dass sowohl der Freistaat Bayern als auch die Familie Wittelsbach Stifter des Wittelsbacher Ausgleichsfonds sind? Welche Transparenzregelungen gelten für Stiftungen des öffentlichen Rechts, bei denen der Freistaat Stifter ist? Welche Transparenzregelungen gelten für den Wittelsbacher Ausgleichsfonds?

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

### **Abstimmung**

**über eine Verordnung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 29 und 37 der Anlage zur Tagesordnung, es sind dies die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Bayerns Bauern schützen – Öffnungsklausel der Düngemittelverordnung nutzen!" und "Einem Verbot von Ölheizungen entgegenwirken" auf den Drucksachen 18/3885 und 18/3997, die auf Wunsch der AfD-Fraktion einzeln beraten werden sollen. Der Aufruf erfolgt dann am Ende der Tagesordnung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? – Enthaltungen sehe ich auch nicht. Damit ist diese Abstimmung positiv entschieden. Wir haben schon festgestellt, dass die beiden fraktionslosen Abgeordneten nicht im Saal sind. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.







9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Kultur für Kinder und Jugendliche -  
Kulturelle Bildungsangebote im schulischen Ganzttag fördern  
Drs. 18/3427, 18/4768 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

10. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Möglichkeiten der Reduzierung von Nitratreinträgen  
Drs. 18/3525, 18/4790 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
Kein Stillstand für Forschung und Landwirtschaft -  
Pflanzenzüchtung für die Zukunft ermöglichen!  
Drs. 18/3633, 18/4791 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild u.a. SPD  
Expertenanhörung: Klimaschutz - Bayern muss handeln!  
Drs. 18/3689, 18/4783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)  
Einheitlicher ermäßigter Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe  
Drs. 18/3699, 18/4812 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD  
Nordanbindung des Nürnberger Flughafens aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 streichen  
Drs. 18/3723, 18/4799 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD  
Bericht des Antisemitismusbeauftragten der Staatsregierung  
Drs. 18/3724, 18/4773 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Biotopkartierung in Bayern  
Drs. 18/3754, 18/4784 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Agrarförderung ausschöpfen für mehr Artenvielfalt auf dem Land  
Drs. 18/3755, 18/4792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
ÖPNV-Investitionen für bayerische Kommunen sicherstellen  
Drs. 18/3756, 18/4802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>





26. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller u.a. SPD  
Für starke berufliche Schulen II -  
Möglichkeiten der Individualisierung wesentlich verbessern  
Drs. 18/3813, 18/4769 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller SPD  
Für starke berufliche Schulen III -  
Digitalpakt Berufsbildung einplanen  
Drs. 18/3814, 18/4770 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

28. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Rechtsextreme Szene entwaffnen - Waffenrecht verschärfen  
Drs. 18/3858, 18/4517 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

29. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Bayerns Bauern schützen -  
Öffnungsklausel der Düngemittelverordnung nutzen!  
Drs. 18/3885, 18/4798 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

30. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Expertengespräch zur Erörterung von Maßnahmen,  
um Betrugsfälle in der ambulanten Pflege einzudämmen  
Drs. 18/3891, 18/4810 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Manfred Ländner, Tobias Reiß, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Legalen Umgang mit Waffen bei Extremisten jeder Art unterbinden!  
Drs. 18/3932, 18/4518 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)  
Wirtschaftsstandort Bayern global wettbewerbsfähig halten:  
Wachstumsorientierte Steuerpolitik  
Drs. 18/3989, 18/4778 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u.a. und Fraktion (CSU)  
 Bester Zivilschutz für Bayern!  
 EU-Bereichsausnahme im Rettungsdienst umsetzen  
 Drs. 18/3991, 18/4796 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
 US-Strafzölle auf EU-Waren: Auswirkungen auf Bayern  
 Drs. 18/3993, 18/4816 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion**  
**Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft,  
 Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)  
 Fairness durch Vergleichbarkeit - Für ein gemeinsames Kernabitur  
 Drs. 18/3994, 18/4771 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

**Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Enthaltung“ der  
 Abstimmung zugrunde zulegen**

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kindergartenbeiträge sozial gerecht staffeln!  
Drs. 18/3995, 18/4761 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)  
Einem Verbot von Ölheizungen entgegenwirken  
Drs. 18/3997, 18/4779 (A)

**der Antrag wird gesondert beraten**

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch u.a. SPD  
Beste Kitas für alle Kinder in Bayern -  
gebührenfrei und mit höchster Qualität  
Drs. 18/4032, 18/4762 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Glasfaseranschluss für jedes Haus - Bayerische Breitbandförderung  
zukunftsfest machen  
Drs. 18/4072, 18/4781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Flüssiges und gelöstes Plastik vermeiden - Für eine umfassende Strategie zur Reduktion schwer abbaubarer Polymere  
Drs. 18/4083, 18/4785 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
			<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)  
Begrenzung der Transportstrecken von Schlachttieren auf maximal 5 Stunden bzw. 200 km innerhalb Deutschlands  
Drs. 18/4166, 18/4786 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Nutzen und Potenzial in den „Gesundheitsregionen plus“ in Bayern erhalten!  
Drs. 18/4075, 18/4811

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**

43. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD  
Geburtshilfe auch in ländlichen Regionen sichern!  
Drs. 18/4142, 18/4813

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären**

